

235 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 11. 9. 1991

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK ÜBER ERLEICHTERUNGEN DER GRENZABFERTIGUNG IM EISENBAHN-, STRASSEN- UND SCHIFFSVERKEHR

Die Republik Österreich und die Tschechische und Slowakische Föderative Republik sind in der Absicht, die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen ihren beiden Staaten zu erleichtern und zu beschleunigen, wie folgt übereingekommen:

ABSCHNITT I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten:

1. „Grenzabfertigung“
die Vollziehung aller Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten, die aus Anlaß des Grenzübertrittes von Personen sowie der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern anzuwenden sind;
2. „Gebietsstaat“
den Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet die Grenzabfertigung des anderen Vertragsstaates vorgenommen wird;
3. „Nachbarstaat“
den anderen Vertragsstaat;
4. „Zone“
den Bereich des Gebietsstaates, in dem die Bediensteten des Nachbarstaates berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen;
5. „Bedienstete“
die Personen, die als Organe der für die Grenzabfertigung zuständigen Behörden ihren Dienst ausüben, sowie die mit der Dienstaufsicht beauftragten Personen;
6. „Güter“
Waren, Beförderungsmittel und Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen.

Artikel 2

(1) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen dieses Abkommens die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr erleichtern und beschleunigen.

- (2) Zu diesem Zweck werden im Gebietsstaat
1. Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates errichtet, und wird
 2. auf bestimmten Strecken die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt eingeführt.

(3) Die Bediensteten des Nachbarstaates sind berechtigt, die Grenzabfertigung gemäß diesem Abkommen im Gebietsstaat vorzunehmen.

(4) Die zuständigen Zentralbehörden der Vertragsstaaten bestimmen durch Vereinbarung

1. die Errichtung, Änderung oder Aufhebung der im Absatz 2 genannten Grenzabfertigungsstellen,
2. die Strecken, auf denen die Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat
 - a) die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt durchführen dürfen,
 - b) festgenommene oder zurückgewiesene Personen sowie sichergestellte Güter oder Beweismittel in ihren Staat verbringen oder zu einer anderen Grenzabfertigungsstelle ihres Staates begleiten dürfen, und
3. die Zonen.

Artikel 3

(1) Die Zone kann umfassen:

1. im Eisenbahnverkehr
 - a) Teile von Bahnhöfen und sonstigen Eisenbahnanlagen (Artikel 2 Absatz 2 Ziffer 1); die Zone umfaßt jedenfalls die Bahnstrecke zwischen der Staatsgrenze und der Grenzabfertigungsstelle;
 - b) bei der Grenzabfertigung während der Fahrt den Zug auf der gemäß Artikel 2 Absatz 4 Ziffer 2 lit. a bestimmten Bahn-

- strecke sowie Teile der Bahnhöfe, die der Zug durchfährt;
2. im Straßenverkehr Teile von Dienstgebäuden, Straßenabschnitte und sonstige Anlagen; die Zone umfaßt jedenfalls die Straße zwischen der Staatsgrenze und der Grenzabfertigungsstelle;
 3. im Schiffsverkehr
 - a) Teile der Dienstgebäude, der Wasserstraße sowie der Ufer- und Hafenanlagen; die Zone umfaßt jedenfalls die Wasserstraße zwischen der Staatsgrenze und der Grenzabfertigungsstelle;
 - b) bei der Grenzabfertigung während der Fahrt das Schiff auf der gemäß Artikel 2 Absatz 4 Ziffer 2 lit. a bestimmten Wasserstraße, sowie Teile der Gebäude und Anlagen an dieser Wasserstraße.

(2) Bei den Amtshandlungen gemäß Artikel 2 Absatz 4 Ziffer 2 lit. b sind die festgelegten Strecken der Zone rechtlich gleichgestellt.

(3) Die für die Grenzabfertigung und den Eisenbahnverkehr zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmen, in welchen Reisezügen die Grenzabfertigung während der Fahrt vorgenommen wird.

ABSCHNITT II

Grenzabfertigung

Artikel 4

(1) In der Zone gelten für die Grenzabfertigung des Nachbarstaates alle Rechtsvorschriften dieses Staates über den Grenzübertritt von Personen und über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gütern; sie werden von den Bediensteten des Nachbarstaates im gleichen Umfang und mit denselben Folgen wie im eigenen Staatsgebiet durchgeführt.

(2) Die in der Zone von den Bediensteten des Nachbarstaates durchgeführten Amtshandlungen gelten als in der Gemeinde des Nachbarstaates durchgeführt, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

(3) Die in der Zone begangenen Verstöße gegen die im Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften des Nachbarstaates gelten als in der im Absatz 2 genannten Gemeinde begangen.

(4) Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaates.

Artikel 5

(1) Zu den Befugnissen nach Artikel 4 Absatz 1 gehört auch das Recht der Festnahme und zwangsweisen Zurückstellung. Die Bediensteten des Nachbarstaates sind jedoch nicht befugt, Angehörige des Gebietsstaates auf dessen Gebiet festzuneh-

men, in Haft zu halten oder in den Nachbarstaat zu verbringen. Sie dürfen aber diese Personen der eigenen vorgeschobenen Grenzabfertigungsstelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der Grenzabfertigungsstelle des Gebietsstaates zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhaltes zwangsweise vorführen.

(2) Bei Maßnahmen gemäß Absatz 1 ist unverzüglich ein Bediensteter des Gebietsstaates hinzuzuziehen.

(3) Das Asylrecht des Gebietsstaates bleibt unberührt.

Artikel 6

(1) In der Zone ist die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates vor der Grenzabfertigung des Eingangsstaates durchzuführen, es sei denn, daß auf die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates verzichtet wird.

(2) Im Eisenbahn- und im Schiffsverkehr dürfen bereits nach Beginn der Grenzabfertigung des Ausgangsstaates die Bediensteten des Eingangsstaates die Grenzabfertigung der von den Bediensteten des Ausgangsstaates bereits abgefertigten Personen und Güter durchführen.

(3) Nach Beginn der Eingangsabfertigung sind die Bediensteten des Ausgangsstaates nicht mehr berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen vorzunehmen. Wenn sich jedoch nach Beginn der Eingangsabfertigung der Verdacht einer gerichtlich strafbaren Handlung ergibt oder nachträglich bekannt wird, daß sich eine Person, nach der zur Festnahme gefahndet wird, in der Zone befindet, sind die Bediensteten des Ausgangsstaates nach vorheriger Benachrichtigung der Bediensteten des Eingangsstaates berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen zu wiederholen.

Artikel 7

(1) Die Bediensteten der Vertragsstaaten dürfen einvernehmlich von der im Artikel 6 Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge abweichen, wenn es im Interesse einer raschen Grenzabfertigung geboten ist. In diesen Fällen dürfen die Bediensteten des Eingangsstaates Festnahmen oder Beschlagnahmen erst nach Beendigung der Grenzabfertigung des Ausgangsstaates vornehmen. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, die betreffenden Personen und Güter den Bediensteten des Ausgangsstaates zu, wenn die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates hinsichtlich dieser Personen und Güter noch nicht beendet ist. Wollen die Bediensteten des Ausgangsstaates ihrerseits Festnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen der Vorrang.

(2) Die von den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Grenzabfertigung im Gebietsstaat eingenommenen oder zum dienstlichen Gebrauch mitgeführten Geldbeträge und die beschlagnahmten oder eingezogenen Güter dürfen in den Nachbarstaat verbracht werden.

Artikel 8

(1) Güter, die bei der Ausgangsabfertigung von den Bediensteten des Nachbarstaates in diesen zurückgewiesen oder vor Beginn der Eingangsabfertigung des Gebietsstaates auf Veranlassung der hierzu berechtigten Person in den Nachbarstaat zurückgeführt werden, unterliegen weder den Ausfuhrvorschriften noch der Ausgangsabfertigung des Gebietsstaates.

(2) Personen, die von den Bediensteten des Eingangsstaates zurückgewiesen werden, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verweigert werden. Desgleichen darf die Wiedereinfuhr von Gütern in den Ausgangsstaat, deren Einfuhr von den Bediensteten des Eingangsstaates abgelehnt wird, nicht verweigert werden.

(3) Bei Durchführung der im Absatz 2 genannten Maßnahmen werden die Bediensteten der Vertragsstaaten einander informieren und zusammenarbeiten.

ABSCHNITT III

Bedienstete

Artikel 9

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen vorbehaltlich des Absatzes 2 auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises zur Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat die Staatsgrenze an allen gemeinsamen Grenzübergängen überschreiten. Dieser Ausweis berechtigt die Bediensteten, sich zur Zone (Artikel 1 Ziffer 4) zu begeben, sich darin aufzuhalten und von dort in den Nachbarstaat zurückzukehren.

(2) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die im Gebietsstaat die Grenzabfertigung im Eisenbahn- oder Schiffsverkehr vornehmen, müssen im Besitz eines Dienstausweises und eines zweisprachig gehaltenen Dienstauftrages sein. Der Dienstauftrag hat Namen, Datum und Ort der Geburt sowie die Nummer des Dienstausweises und die Zone (Artikel 1 Ziffer 4) zu enthalten.

(3) Einreiseverbote gegen einzelne Bedienstete des Nachbarstaates bleiben von dieser Regelung unberührt. In einem solchen Fall ist der Behörde des Nachbarstaates, die den Dienstausweis oder den Dienstauftrag ausgestellt hat, hiervon unverzüglich Mitteilung zu machen.

Artikel 10

(1) Der Gebietsstaat gewährt den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausübung ihres Dienstes in der Zone den gleichen Schutz und Beistand wie den eigenen Bediensteten. Die strafrechtlichen Bestimmungen des Gebietsstaates zum Schutz von Bediensteten und ihren Amtshandlungen sind auch auf strafbare Handlungen anzuwenden, die im Gebietsstaat gegen Bedienstete des Nachbarstaates während der Ausübung ihres Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst begangen werden.

(2) Von strafbaren Handlungen, die von einem Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat begangen werden, ist die Dienstbehörde des Bediensteten durch die zuständige Behörde des Gebietsstaates unverzüglich zu benachrichtigen.

(3) Zur Entscheidung über die Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die von Bediensteten des Nachbarstaates in Vollziehung der Gesetze in der Zone verursacht worden sind, sind die Gerichte des Nachbarstaates zuständig. Diese Ansprüche sind nach dem Recht dieses Nachbarstaates zu beurteilen.

Artikel 11

Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen in Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat sowie auf dem Weg zur Zone und zurück ihre Dienstkleidung, Dienstabzeichen und Dienstwaffe tragen und die erforderliche Dienstausrüstung sowie Hundehunde mitführen. Von der Waffe dürfen sie jedoch nur im Falle der Notwehr Gebrauch machen.

Artikel 12

(1) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaates im Gebietsstaat während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst getötet oder verletzt oder wird eine Sache, die er mit sich führt oder an sich trägt, beschädigt oder vernichtet, so sind die Ansprüche auf Ersatz dieser Schäden nach dem Recht des Nachbarstaates zu beurteilen.

(2) Zur Entscheidung über Schadenersatzansprüche nach Absatz 1 sind die Gerichte jenes Vertragsstaates zuständig, in dem das den Schaden verursachende Verhalten gesetzt worden ist oder in dem der Schädiger seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Zuständig ist auch das Gericht, in dessen Sprengel der Kläger seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(3) Rechtskräftige Entscheidungen, die über Schadenersatzansprüche nach Absatz 1 von einem Gericht eines der Vertragsstaaten gefällt worden sind, und Vergleiche, die vor einem solchen Gericht über solche Schadenersatzansprüche geschlossen worden sind, werden — vorbehaltlich Absatz 4 —

im anderen Vertragsstaat anerkannt und, soweit diese Entscheidungen oder Vergleiche vollstreckbar sind, vollstreckt.

(4) Die Anerkennung und Vollstreckung darf versagt werden, wenn

- a) sie mit der öffentlichen Ordnung jenes Staates, in dem die Entscheidung oder der Vergleich geltend gemacht wird, offensichtlich unvereinbar ist,
- b) das Gericht zur Entscheidung nach Absatz 2 nicht zuständig war oder der Vergleich vor einem nach Absatz 2 unzuständigen Gericht geschlossen worden ist,
- c) in derselben Sache zwischen denselben Parteien das Gericht jenes Vertragsstaates schon früher rechtskräftig entschieden hat, in dem die Entscheidung oder der Vergleich geltend gemacht wird, oder die Parteien schon früher vor dem Gericht des Staates, in dem die Entscheidung oder der Vergleich geltend gemacht wird, in derselben Sache einen Vergleich geschlossen haben,
- d) ein Verfahren zwischen denselben Parteien wegen desselben Gegenstandes vor einem Gericht des Staates früher anhängig gemacht worden ist, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird,
- e) der Partei, gegen die die Entscheidung gerichtet ist, die Möglichkeit, sich ordnungsgemäß an dem Verfahren zu beteiligen, genommen war.

ABSCHNITT IV

Grenzabfertigungsstellen

Artikel 13

Die Abfertigungsbefugnisse und die Abfertigungszeiten der Grenzabfertigungsstellen der Vertragsstaaten sind möglichst übereinstimmend festzusetzen.

Artikel 14

(1) Vergütungen für die Benützung der für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat benötigten Anlagen im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr werden zivilrechtlich vereinbart.

(2) Die Eisenbahnen und die Schiffsverkehrsunternehmen haben die Bediensteten, die die Grenzabfertigung während der Fahrt durchzuführen haben, unentgeltlich zu befördern und ihnen die erforderlichen Zugabteile oder Schiffskabinen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Artikel 15

(1) Die für die Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates bestimmten Räume sind durch Amtsschilder und Hoheitszeichen kenntlich zu machen.

(2) Die Aufschriften an den Diensträumen der Bediensteten des Nachbarstaates sind in deutscher und tschechischer oder slowakischer Sprache anzubringen.

Artikel 16

Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch der Grenzabfertigungsstellen oder zum Bedarf der Bediensteten des Nachbarstaates während des Dienstes im Gebietsstaat bestimmt sind, sind von allen Ein- und Ausgangsabgaben befreit und sind nicht bewilligungspflichtig. Es sind keine Sicherheiten zu leisten. Wirtschaftliche Verbote und Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr sind auf diese Gegenstände nicht anzuwenden. Das gleiche gilt für Dienstfahrzeuge und für Fahrzeuge der Bediensteten, die zur Ausübung des Dienstes vorübergehend in den Gebietsstaat eingebracht werden.

Artikel 17

(1) Der Gebietsstaat wird die Errichtung und den Betrieb der ausschließlich für die Tätigkeit der vorgeschobenen Grenzdienststellen erforderlichen Fernmeldeanlagen sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen des Nachbarstaates gebührenfrei bewilligen, vorbehaltlich der Erstattung etwaiger Kosten für Errichtung und Miete. Der Betrieb dieser Fernmeldeanlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaates. Hinsichtlich der Vergütung für die Einrichtung und die Benützung der Anlagen der Eisenbahnen gelten die zwischen den Eisenbahnen getroffenen Regelungen.

(2) Abgesehen von den im Absatz 1 geregelten Fällen gelten die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten über Errichtung, Instandhaltung und Betrieb von Fernmeldeanlagen auf ihrem jeweiligen Gebiet.

ABSCHNITT V

Schlußbestimmungen

Artikel 18

Im Interesse der nationalen Sicherheit oder wegen anderer zwingender öffentlicher Interessen kann jeder Vertragsstaat einseitig die Anwendung des Abkommens oder einzelner Bestimmungen dieses Abkommens vorübergehend mit oder ohne örtliche Beschränkung aussetzen. Der andere Vertragsstaat ist hievon unverzüglich schriftlich auf diplomatischem Weg zu benachrichtigen.

Artikel 19

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Verwaltungen der

235 der Beilagen

5

Vertragsstaaten beigelegt werden. Die Regelung auf diplomatischem Wege wird dadurch nicht abgeschlossen.

(2) Soweit eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht erledigt werden kann, ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder der beiden Vertragsstaaten binnen drei Monaten, nachdem einer von ihnen seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, je einen Schiedsrichter bestellt und daß sich die so bestellten Schiedsrichter auf den Angehörigen eines dritten Staates als Oberschiedsrichter einigen. Kommt eine Einigung über den Oberschiedsrichter binnen sechs Monaten, nachdem einer der beiden Vertragsstaaten seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, nicht zustande, so gelten in Ermangelung einer anderen Vereinbarung für die Bestellung des Oberschiedsrichters die Bestimmungen des Artikels 45 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907, soweit sie die Wahl des Oberschiedsrichters betreffen.

(4) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund dieses Abkommens und der zu seiner Durchführung getroffenen Vereinbarungen sowie unter Anwendung der zwischen beiden Vertragsstaaten geltenden und zur Zeit der Entstehung oder Dauer der Streitfrage anwendbaren internationalen Abkommen, des Völkergewohnheitsrechtes und der allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder der beiden Vertragsstaaten trägt die Kosten seines Schiedsrichters. Die übrigen Kosten werden von beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht das Verfahren selbst.

(6) Auf die Ladung und Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sind die zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Rechtshilfe jeweils geltenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

Artikel 20

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Prag ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; es tritt zwölf Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN ZU Wien, am 17. Juni 1991, in zwei Urschriften in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Erich Kussbach

Für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik:

Magda Vašáryová

DOHODA

MEZI RAKOUSKOU REPUBLIKOU A ČESKOU A SLOVENSKOU FEDERATIVNÍ REPUBLIKOU O ULEHČENÍ POHRANIČNÍHO ODBAVOVÁNÍ V ŽELEZNIČNÍ, SILNIČNÍ A VODNÍ DOPRAVĚ

Rakouská republika a Česká a Slovenská Federativní Republika, vedeny úmyslem usnadnit a urychlit odbavování na státních hranicích v železniční, silniční a vodní dopravě mezi oběma státy, se dohodly takto:

ODDÍL I

Obecná ustanovení

Článek 1

Ve smyslu této Dohody se rozumí:

1. „pohraničním odbavením“ provádění všech právních předpisů smluvních států, které je třeba uplatnit při překračování státních hranic osobami a při dovozu, vývozu a průvozu zboží;
2. „územním státem“ smluvní stát, na jehož výsostném území se uskutečňuje pohraniční odbavení druhého smluvního státu;
3. „sousedním státem“ druhý smluvní stát;
4. „prostorem“ oblast územního státu, v níž jsou pracovníci sousedního státu oprávněni provádět pohraniční odbavení;
5. „pracovníky“ osoby, které jako orgány úřadů příslušných pro pohraniční odbavování vykonávají svou službu, jakož i osoby pověřené služebním dozorem;
6. „zbožím“ zboží, dopravní prostředky a hodnoty podléhající devizovým předpisům.

Článek 2

(1) Smluvní státy usnadní a urychlí v rámci této Dohody pohraniční odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě.

(2) K tomuto účelu budou v územním státě:

1. zřízena pohraniční odbavovací stanoviště státu sousedního a

2. zavedeno na určitých trasách pohraniční odbavení v dopravních prostředcích během jízdy nebo plavby.

(3) Pracovníci sousedního státu jsou podle této Dohody oprávněni provádět pohraniční odbavení v územním státě.

(4) Příslušné ústřední orgány smluvních států určí dohodou:

1. zřizování, změny nebo zrušení pohraničních odbavovacích stanovišť uvedených v odst. 2,
2. trasy, na nichž pracovníci sousedního státu v územním státě
 - a) smějí provádět pohraniční odbavení v dopravních prostředcích během jízdy nebo plavby,
 - b) smějí zadržet osoby nebo osoby, kterým byl odmítnut vstup, jakož i zajištěné zboží nebo důkazní prostředky převážet do svého státu nebo doprovázet k jinému pohraničnímu odbavovacímu stanovišti svého státu a
3. prostory.

Článek 3

(1) Prostor může zahrnovat:

1. v železniční dopravě
 - a) části nádraží a ostatní železniční zařízení (článek 2 odst. 2 bod 1); vždy zahrnuje železniční trať mezi státními hranicemi a pohraničním odbavovacím stanovištěm;
 - b) při pohraničním odbavení během jízdy vlak na stanovených úsecích železniční tratě podle článku 2 odst. 4 bod 2 písm. a), jakož i části nádraží, jimiž vlak projíždí;
2. v silniční dopravě, části služebních budov, silniční úseky a jiná zařízení; vždy zahrnuje silnici mezi státními hranicemi a pohraničním odbavovacím stanovištěm;
3. ve vodní dopravě
 - a) části služebních budov, vodní cesty, jakož i pobřežní a přístavní zařízení; vždy zahrnuje vodní cestu mezi státními hranicemi a pohraničním odbavovacím stanovištěm;
 - b) při pohraničním odbavení během plavby loď na vodních cestách, stanovených podle článku 2 odst. 4 bod 2 písm. a), jakož i části budov a zařízení na těchto vodních cestách.

(2) Při úředních výkonech podle článku 2 odst. 4 bod 2 písm. b) jsou stanovené trasy právně postaveny na roveň prostoru.

(3) Úřady smluvních států příslušné k pohraničnímu odbavení a k železniční dopravě určí, ve kterých vlacích se provádí pohraniční odbavení během jízdy.

ODDÍL II

Pohraniční odbavování

Článek 4

(1) V prostoru platí pro pohraniční odbavení sousedního státu všechny právní předpisy tohoto státu o překračování státních hranic osobami a o dovozu, vývozu a průvozu zboží; pracovníci sousedního státu je uplatňují ve stejném rozsahu a se stejnými důsledky jako na vlastním státním území.

(2) Úřední úkony prováděné v prostoru pracovníky sousedního státu jsou považovány za úkony provedené jakoby v určité obci sousedního státu, na jejímž území se příslušný hraniční přechod nachází.

(3) Porušení právních předpisů sousedního státu uvedených v odst. 1, ke kterým došlo v prostoru, se považují za porušení spáchaná v místě uvedeném v odst. 2.

(4) V ostatních případech platí právní řád územního státu.

Článek 5

(1) K pravomocím podle článku 4 odst. 1 patří i právo zadržení a nuceného navrácení zpět. Pracovníci sousedního státu však nejsou oprávněni zadržovat příslušníky územního státu na jeho území, brát je do vazby nebo je převážet do sousedního státu. Smějí však tyto osoby nuceně převést na vlastní předsunuté pohraniční odbavovací stanoviště, nebo neexistuje-li, na pohraniční odbavovací stanoviště územního státu k písemnému záznamu skutkové podstaty.

(2) Při opatřeních podle odstavce 1 je nutno neprodleně přizvat pracovníka územního státu.

(3) Předpisy územního státu o právu na azyl zůstávají nedotčeny.

Článek 6

(1) V prostoru je nutno provést pohraniční odbavení výstupního státu před pohraničním odbavením vstupního státu, ledaže se od pohraničního odbavení výstupního státu upouští.

(2) Ihned po začátku pohraničního odbavování ze strany výstupního státu smějí v železniční a vodní dopravě pracovníci vstupního státu provádět pohraniční odbavení osob a zboží, které již byly pracovníky výstupního státu odbaveny.

(3) Po zahájení vstupního odbavení pracovníci výstupního státu již nemají právo provádět úkony pohraničního odbavení. Vznikne-li však po zahájení vstupního odbavení podezření na soudně trestně jednání anebo se dodatečně ukáže, že nějaká osoba, po níž je vyhlášeno pátrání, se nachází v tomto prostoru, mají pracovníci výstupního státu po

předchozím vyrozumění pracovníků vstupního státu právo zopakovat úkony pohraničního odbavení.

Článek 7

(1) Pracovníci smluvních států se po vzájemné dohodě smějí odchýlit od pořadí stanoveného v článku 6 odst. 1, pokud je to v zájmu rychlého odbavení. V těchto případech smějí pracovníci vstupního státu provést zadržení nebo zajištění teprve po skončení pohraničního odbavení výstupního státu. Předvádějí, pokud chtějí takové opatření učinit, příslušné osoby a zboží pracovníkům výstupního státu, pokud pohraniční odbavení výstupního státu těchto osob a tohoto zboží není ještě ukončeno. Chtějí-li pracovníci výstupního státu provést zadržení nebo zabavení, mají přednost.

(2) Do sousedního státu smějí být převáženy peněžní částky vybrané pracovníky sousedního státu při pohraničním odbavení v územním státě nebo peněžní částky převážené pro služební potřebu, jakož i zadržené nebo zabavené zboží.

Článek 8

(1) Zboží, které je při výstupním odbavení pracovníky sousedního státu do tohoto státu vráceno nebo před zahájením vstupního odbavení územního státu z podnětu k tomuto oprávněné osoby vráceno do sousedního státu, nepodléhá ani vývozním předpisům, ani výstupnímu odbavení územního státu.

(2) Osobám vráceným pracovníky vstupního státu nesmí být bráněno v návratu do výstupního státu. Taktéž nesmí být bráněno ve zpětném dovozu zboží do výstupního státu, jehož dovoz byl pracovníky vstupního státu odmítnut.

(3) Při provádění opatření uvedených v odstavci 2 se budou pracovníci smluvních států vzájemně informovat a spolupracovat.

ODDÍL III

Pracovníci

Článek 9

(1) Pracovníci sousedního státu smějí s výhradou odstavce 2 na základě služebního průkazu opatřeného fotografií za účelem výkonu služby v územním státě překračovat státní hranice na všech společných hraničních přechodech. Tento průkaz opravňuje pracovníky dopravit se do prostoru (článek 1 odst. 4), zdržovat se v něm a vrátit se odtud do sousedního státu.

(2) Pracovníci sousedního státu provádějící v územním státě pohraniční odbavení v železniční nebo vodní dopravě musí být vybaveni služebním

průkazem a služebním pověřením v jazyce německém a českém nebo slovenském. Toto služební pověření musí obsahovat jméno, datum a místo narození, číslo služebního průkazu, jakož i prostor (článek 1 odst. 4).

(3) Zákazy vstupu jednotlivým pracovníkům sousedního státu jsou touto úpravou nedotčeny. V takovém případě je nutno o tom neprodleně vyrozumět úřad sousedního státu, který služební průkaz nebo služební pověření vydal.

Článek 10

(1) Územní stát poskytuje pracovníkům sousedního státu při výkonu jejich služby v prostoru stejnou ochranu a podporu jako vlastním pracovníkům. Trestně právní ustanovení územního státu na ochranu pracovníků a výkon jejich pravomocí je třeba uplatňovat i u trestných činů spáchaných v územním státě proti pracovníkům sousedního státu při výkonu jejich služby nebo v souvislosti s touto službou.

(2) O trestném jednání spáchaném pracovníkem sousedního státu v územním státě je nutno neprodleně vyrozumět služební orgán dotyčného pracovníka prostřednictvím příslušného úřadu územního státu.

(3) Rozhodování o nárocích na náhradu škody způsobené pracovníky sousedního státu při výkonu jejich služby v prostoru podléhá pravomoci soudů sousedního státu. Tyto nároky je třeba posoudit podle práva tohoto sousedního státu.

Článek 11

Pracovníci sousedního státu smějí při výkonu své služby v územním státě, jakož i cestou do prostoru a zpět, nosit služební oděv, služební odznaky a služební zbraně i potřebné služební vybavení a vodit s sebou služební psy. Zbraně však smějí použít jen v případě sebeobrany.

Článek 12

(1) Je-li pracovník sousedního státu v územním státě při výkonu služby nebo v souvislosti s touto službou usmrčen nebo zraněn anebo je-li věc, kterou u sebe má nebo nosí, poškozena nebo zničena, posuzují se nároky na náhradu škody podle práva sousedního státu.

(2) K rozhodnutí o náhradě škody podle odstavce 1 je dána pravomoc soudům toho smluvního státu, na jehož území došlo k jednání, které mělo za následek vznik škody anebo na jehož území má škudce svůj trvalý pobyt. Pravomoc je dána také soudu smluvního státu, v jehož obvodu má žalobce trvalý pobyt.

(3) Rozhodnutí týkající se nároků na náhradu škody podle odstavce 1 vydaná soudem jednoho ze smluvních států nebo smíry v těchto věcech před takovým soudem uzavřené se s výjimkou odstavce 4 ve druhém smluvním státě uznávají a jsou-li tato rozhodnutí nebo smíry vykonatelné, vykonávají.

- (4) Uznání a výkon lze odepřít, jestliže
- je zřejmě neslučitelný s veřejným pořádkem státu, na jehož území se má rozhodnutí nebo smír uznat a vykonat,
 - rozhodnutí bylo vydáno nebo smír schválen soudem, jemuž nebyla dána pravomoc k vydání takového rozhodnutí nebo ke schválení smíru,
 - v téže věci mezi týmiž stranami rozhodl pravomocně již dříve soud smluvního státu, na jehož území se rozhodnutí nebo smír má uznat a vykonat nebo v téže věci mezi týmiž stranami byl již dříve pravomocně uzavřen smír před soudem, na jehož území se rozhodnutí nebo smír má uznat a vykonat,
 - v téže věci mezi týmiž stranami bylo již dříve zahájeno řízení před soudem smluvního státu, na jehož území se má rozhodnutí uznat a vykonat,
 - straně, proti níž rozhodnutí směřuje, byla odňata možnost řádně se zúčastnit řízení.

ODDÍL IV

Pohraniční odbavovací stanoviště

Článek 13

Odbavovací pravomoci a odbavovací doby pohraničních odbavovacích stanovišť smluvních států je nutno podle možnosti stanovit shodně.

Článek 14

(1) Náhrady za používání zařízení potřebných pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu v železniční, silniční a vodní dopravě v územním státě budou sjednány občansko-právně.

(2) Železnice a provozovatelé vodní dopravy jsou povinny pracovníky provádějící pohraniční odbavení za jízdy zdarma přepravovat a poskytnout jim bezplatně potřebné vlakové oddíly nebo kabiny lodí.

Článek 15

(1) Místnosti určené jako pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu je třeba výrazně označit úředními štítky a výsostnými znaky.

(2) Nápis na služebních prostorách pracovníků sousedního státu musí být provedeny v německém a českém nebo slovenském jazyce.

Článek 16

Předměty určené pro služební potřebu pohraničních odbavovacích stanovišť nebo pro potřebu pracovníků sousedního státu během služby v územním státě jsou osvobozeny od povolení a veškerých vstupních a výstupních poplatků. Celní jistoty není nutno skládat. Zákazy a omezení dovozu a vývozu se u těchto předmětů neuplatňují. To platí i pro služební a vlastní vozidla pracovníků, která byla do územního státu dovezena na přechodnou dobu za účelem výkonu služby.

Článek 17

(1) Územní stát povoluje zřizování a provoz telekomunikačních zařízení potřebných výlučně pro činnost předsunutých pohraničních stanovišť, jakož i pro jejich spojení s příslušnými zařízeními sousedního státu bez poplatků, s výhradou náhrady případných zřizovacích nákladů a pronájmu. Provoz těchto telekomunikačních zařízení je považován za interní provoz sousedního státu. V případě náhrad za zřízení a používání železnic platí předpisy dojednané mezi železničními správami.

(2) S výjimkou případů uvedených v odstavci 1 nejsou dotčeny právní předpisy obou smluvních států o zřizování, údržbě a provozu telekomunikačních zařízení na jejich příslušném území.

ODDÍL V

Závěrečná ustanovení

Článek 18

V zájmu národní bezpečnosti nebo z důvodů jiných naléhavých veřejných zájmů může každý smluvní stát jednostranně pozastavit použití této Dohody nebo jejích jednotlivých ustanovení přechodně s místními nebo bez místních omezení. Druhý smluvní stát musí být o tom neprůdleně vyrozuměn písemně diplomatickou cestou.

Článek 19

(1) Názorové rozdíly týkající se výkladu nebo provádění této Dohody budou řešeny příslušnými orgány obou smluvních států. Tím není vyloučeno řešení diplomatickou cestou.

(2) Jestliže nebude možno vyřešit názorové rozdíly tímto způsobem, budou předloženy na požádání jednoho ze smluvních států rozhodčímu soudu.

(3) Rozhodčí soud bude ustaven případ od případu tak, že každý z obou smluvních států určí do tří měsíců poté, kdy jeden z nich oznámil svůj úmysl se obrátit na rozhodčí soud, po jednom

smírčím soudci, a že se takto určení smírčí soudci dohodnou na příslušníku třetího státu jako vrchním smírčím soudci. Nedojde-li k dohodě o vrchním smírčím soudci do šesti měsíců poté, kdy jeden z obou smluvních států oznámil svůj úmysl obrátit se na rozhodčí soud a nebude-li dohodnuto jinak, platí pro určení vrchního smírčího soudce ustanovení článku 45 Úmluvy o pokojném řešení mezinárodních sporů ze dne 18. října 1907, pokud se vztahují na volbu vrchního smírčího soudce.

(4) Rozhodčí soud rozhodne na základě této Dohody a ujednání uzavřených k jejímu provádění, jakož i platných mezinárodních dohod mezi smluvními státy, které je možno aplikovat v době vzniku nebo trvání sporné záležitosti, mezinárodního zvykového práva a obecně uznávaných právních zásad.

(5) Rozhodčí soud rozhoduje většinou hlasů. Jeho rozhodnutí jsou závazná. Každý ze smluvních států hradí výlohy svého smírčího soudce; ostatní výlohy hradí oba smluvní státy stejným dílem. V ostatních si upraví řízení rozhodčí soud sám.

(6) Pokud jde o předvolávání a výslech svědků a znalců, použijí se obdobně ustanovení o právní

pomoci platná v té které době mezi oběma smluvními státy.

Článek 20

(1) Tato Dohoda podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze, pokud možno v době co nejkratší.

(2) Tato Dohoda vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, v němž došlo k výměně ratifikačních listin.

(3) Tuto Dohodu lze kdykoliv písemně diplomatickou cestou vypovědět; pozbývá platnosti dvanáct měsíců po jejím vypovězení.

DÁNO VE Vídni, dne 17. června 1991, ve dvou vyhotoveních v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

Erich Kussbach

Za Českou a Slovenskou Federativní Republiku:

Magda Vašáryová

VORBLATT**Problem:**

Fehlen einer rechtlichen Grundlage für die Errichtung gemeinsamer Grenzabfertigungsstellen der Zoll- und Grenzkontrollbehörden der beiden Staaten im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr sowie für die Vornahme der Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt.

Ziel:

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Errichtung von Grenzabfertigungsstellen im anderen Vertragsstaat und für die Einführung der Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt auf bestimmten Strecken. Beschleunigte Abwicklung und Erleichterung des Grenzverkehrs.

Alternativen:

Keine.

Konformität mit EG-Recht:

Ist gegeben.

Kosten:

Dem Bund werden keine Mehrausgaben erwachsen. Das Abkommen führt zu weiteren Erleichterungen der Grenzabfertigung. Die gemeinsamen Grenzabfertigungsstellen werden vielmehr Personal- und Kosteneinsparungen bringen.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das vorliegende Abkommen ist gesetzändernd und gesetzergänzend. Es enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Es bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG.

Einer Zustimmung des Bundesrates im Sinne des Artikels 50 Abs. 1, 2. Satz B-VG bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder geregelt werden.

Alle Bestimmungen dieses Abkommens sind einer unmittelbaren Anwendung zugänglich, sodaß es eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich macht.

Der Regelungsbereich des Abkommens fällt in die Zuständigkeit der EG-Mitgliedsstaaten, weshalb sich die Frage der Konformität mit EG-Recht nicht stellt.

Durch das vorliegende Abkommen soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, gemeinsame Grenzabfertigungsstellen der Zoll- und Grenzkontrollbehörden der beiden Staaten im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zu errichten sowie Abfertigungen in Verkehrsmitteln während der Fahrt vorzunehmen. Die Zoll- und Grenzkontrollorgane werden dabei berechtigt, ihre Amtshandlungen auch in einer bestimmten Zone des Nachbarstaates auszuüben.

Zweck dieses Abkommens ist die beschleunigte Abwicklung des Grenzverkehrs, wodurch dem seit der Öffnung der Staatsgrenze verstärkten Verkehrsaufkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik Rechnung getragen wird.

Das Abkommen ist ein sogenanntes Rahmenabkommen, da es nicht selbst bereits die Grenzabfertigungsstellen, auf die das Abkommen Anwendung finden soll, festlegt, sondern dies den Vereinbarungen zwischen den zuständigen Zentralbehörden der beiden Vertragsstaaten überläßt (Artikel 2 Absatz 4). Hiedurch wird die — im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung notwendige — Flexibilität gewährleistet.

Das Abkommen regelt die Rechte, Pflichten und Befugnisse, welche den auf dem Gebiet des Nachbarstaates errichteten Grenzabfertigungsstellen (Grenzzollämter und Grenzkontrollstellen) und den Bediensteten von Grenzabfertigungsstellen, welche die Grenzabfertigung auf fremdem Staatsgebiet vornehmen, zustehen bzw. obliegen.

Die Verhandlungen wurden zwischen einer österreichischen und einer tschechoslowakischen Delegation in zwei Verhandlungsrunden vom 14. bis 16. Mai 1990 in Wien und vom 18. bis 19. September 1990 in Prag abgehalten und erfolgreich abgeschlossen. Der bei diesen Verhandlungen erarbeitete Entwurf wurde am 17. Juni 1991 in Wien unterzeichnet.

Besonderer Teil

Zu Artikel 1:

Für das Abkommen wesentliche Begriffe werden hier näher definiert.

Zu Artikel 2:

Die grundsätzliche Möglichkeit der Zusammenlegung von österreichischen und tschechoslowakischen Grenzabfertigungsdiensten auf sogenannte Grenzabfertigungsstellen sowie die Einführung der Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt auf bestimmten Strecken mit dem Zweck, die Grenzabfertigung im Straßenverkehr zu erleichtern und zu beschleunigen, wird in den Absätzen 1 und 2 rechtlich verankert.

In Absatz 3 wird die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, daß die Bediensteten des Nachbarstaates auf fremdem Staatsgebiet Hoheitsakte setzen dürfen.

In Absatz 4 wird festgelegt, welche Angelegenheiten durch Vereinbarungen der zuständigen Zentralbehörden der beiden Vertragsstaaten im Detail zu bestimmen sind.

Zu Artikel 3:

Der Absatz 1 ist eine Ergänzung zu Artikel 2 Absatz 4 und bezeichnet konkret die Bereiche, die eine Zone umfassen kann.

Durch den Absatz 2 wird normiert, daß die zur Verbringung von festgenommenen oder zurückgewiesenen Personen oder sichergestellten Gütern in den Nachbarstaat vereinbarten Strecken (Artikel 2 Absatz 4 Ziffer 2 lit. b), auch wenn sie nicht zur Zone gehören, für diese Amtshandlungen der Zone rechtlich gleichgestellt sind.

Absatz 3 soll festlegen, daß die Bestimmung, in welchen Reisezügen die Grenzabfertigung während der Fahrt vorgenommen wird, den für die Grenzabfertigung und den Eisenbahnverkehr zuständigen Behörden der Vertragsstaaten obliegt.

Zu Artikel 4:

Absatz 1 enthält die grundsätzliche Ermächtigung für die Bediensteten des Nachbarstaates, die Grenzabfertigung im Gebietsstaat wie im eigenen Staat durchzuführen.

Die Absätze 2 und 3 enthalten die Bestimmungen über die fiktive örtliche Zuordnung von in der Zone durchgeführten Amtshandlungen der Bediensteten des Nachbarstaates und der dort begangenen Zuwiderhandlungen gegen die Rechtsvorschriften des Nachbarstaates.

Absatz 4 soll klarstellen, daß die Vertragsstaaten zwar gestatten, daß auf ihrem Hoheitsgebiet fremde Organe eine Grenzabfertigung durchführen, ihre Rechtsordnung sonst aber unberührt bleibt.

Zu Artikel 5:

Die grundsätzliche Ermächtigung nach Artikel 4 Absatz 1 wird durch die Bestimmung des Artikels 5 teils weiter ausgeführt, teils eingeschränkt. So sollen die Befugnisse nach Artikel 4 Absatz 1 auch das Recht zur Festnahme und zur zwangsweisen Zurückstellung umfassen. Jedoch dürfen Staatsbürger des Gebietsstaates von Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat weder festgenommen, noch in Haft gehalten oder in den Nachbarstaat verbracht werden, sondern nur zum Zwecke der Vernehmung unter Beziehung eines Bediensteten des Gebietsstaates zwangsweise vorgeführt werden.

Durch den Absatz 3 wird sichergestellt, daß das Asylrecht des Gebietsstaates von den Bestimmungen dieses Abkommens unberührt bleibt.

Zu Artikel 6:

Die Grenzabfertigung des Ausgangsstaates (Ausreisekontrolle) soll grundsätzlich jener des Eingangsstaates (Einreisekontrolle) vorangehen. Um eine rasche Abwicklung der Grenzabfertigung im Eisenbahn- und Schiffsverkehr zu ermöglichen, soll in Absatz 2 klargestellt werden, daß mit der

Einreisekontrolle von Personen und Gütern unmittelbar nach Beendigung der Ausreisekontrolle bei diesen Personen und Gütern begonnen werden kann und nicht auf die Beendigung der Ausreisekontrolle beispielsweise eines ganzen Reisezuges gewartet werden muß.

Zu Artikel 7:

Absatz 1 schafft die Möglichkeit, daß die Vertragsstaaten einvernehmlich von der in Artikel 6 Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge zur Durchführung der Grenzabfertigung abweichen können. Diese Regelung stellt eine größere Flexibilität zur Beschleunigung der Grenzabfertigung sicher, falls dies geboten erscheint.

Absatz 2 sieht vor, daß die zum dienstlichen Gebrauch mitgeführten oder bei der Grenzabfertigung im Gebietsstaat eingenommenen Geldbeträge sowie beschlagnahmte oder eingezogene Güter in den Nachbarstaat verbracht werden dürfen.

Zu Artikel 8:

Werden bei einer vorgeschobenen Grenzabfertigungsstelle im Zuge der Ausgangsabfertigung Güter in den Nachbarstaat zurückgewiesen oder werden sie noch vor der Eingangsabfertigung des Gebietsstaates von der verfügbaren Person in den Nachbarstaat zurückgeführt, sollen diese Güter anlässlich ihrer Rückführung weder den Ausfuhrvorschriften noch der Ausgangsabfertigung des Gebietsstaates unterliegen.

Personen, denen die Einreise verweigert wurde, sollen vom Ausgangsstaat zurückgenommen werden müssen. Gleiches soll für Güter gelten, deren Einfuhr in den Eingangsstaat abgelehnt wird.

Zu Artikel 9:

Abgehend von bestehenden Paß- und allfälligen Sichtvermerkspflichten sollen die Bediensteten und die mit der Dienstaufsicht betrauten Personen des Nachbarstaates unter Vorweisung eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises die Staatsgrenze an den gemeinsamen Grenzübergängen überschreiten dürfen, um sich an ihren Dienort zu begeben. Bedienstete, die die Grenzabfertigung im Eisenbahn- und Schiffsverkehr durchführen, bedürfen für den Grenzübergang zusätzlich eines zweisprachigen Dienstauftrages.

Zu Artikel 10:

Im Interesse einer effektiven und ungehinderten Ausübung ihrer dienstlichen Funktionen in der Zone sowie zum Schutz vor rechtswidrigen Angriffen wird den Bediensteten des Nachbarstaates

tes gemäß Absatz 1 der besondere, hoheitsrechtlichen Organen vorbehalten, insbesondere strafrechtliche Schutz durch den Gebietsstaat eingeräumt. Umgekehrt legt Absatz 2 aber auch einen durch eine Benachrichtigungspflicht gegenüber der vorgesetzten Dienstbehörde eines Bediensteten, der eine strafbare Handlung im Gebietsstaat begehen sollte, gegebenen Schutz eigener Rechtssubjekte fest. Der Vertrag eröffnet die Möglichkeit, daß Organe des einen Staates auf dem Gebiet des anderen Staates Vollziehungshandlungen setzen. Dies soll aber zu keiner Änderung hinsichtlich allfälliger Amtshaftungsansprüche führen. Art. 10 Absatz 3 sieht daher vor, daß sich die Amtshaftung in Fällen, in denen Grenzkontrollorgane im Ausland in Vollziehung der Gesetze Schäden verursachen, nach dem Recht des entsendenden Staates richtet. Verursacht etwa ein österreichischer Bediensteter in der ČSFR in Vollziehung der (österreichischen) Gesetze einen Schaden, so kann der Ersatz nach österreichischem Recht (AHG und österreichisches Schadenersatzrecht) geltend gemacht werden. Zur Entscheidung über den Amtshaftungsanspruch sind in diesem Fall die österreichischen Gerichte zuständig. Welches der österreichischen Gerichte im einzelnen Fall zuständig ist, ergibt sich aus § 9 Abs. 1 und 2 AHG in Verbindung mit Art. 4 Absatz 2 des vorliegenden Abkommens. Danach ist das Landesgericht zuständig, in dessen Sprengel die Gemeinde liegt, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

Zu Artikel 11:

Den Bediensteten des Nachbarstaates soll es erlaubt sein, bei der Ausübung ihres Dienstes sowie auf dem Weg zu ihrer Dienststelle, ihre Dienstkleidung, Dienstabzeichen und Dienstwaffen zu tragen. Der Waffengebrauch ist aber nur im Falle der Notwehr gestattet.

Zu Artikel 12:

Zu Absatz 1 :

Dies ist eine besondere Kollisionsnorm für Schadenersatzansprüche. Ihr Anwendungsbereich ist eng gesteckt. Ein Bediensteter des Nachbarstaates muß im Gebietsstaat während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst getötet oder verletzt worden sein oder eine Sache, die er mit sich führt oder an sich trägt, muß beschädigt oder vernichtet worden sein. Daß in Ausübung des Dienstes oder in Beziehung auf den Dienst die Schadenzufügung nicht durch eine Vertragsverletzung denkbar ist, handelt es sich um eine Kollisionsnorm für außervertragliche Schadenersatzansprüche. Anders als nach § 48 Absatz 1 IPR-Gesetz sind in dem Sonderfall des Absatzes 1

die Schadenersatzansprüche nicht nach dem Recht des Staates, in dem das verursachende Verhalten gesetzt worden ist — das wäre regelmäßig das Recht des Gebietsstaates —, zu beurteilen, sondern nach dem Recht des Nachbarstaates.

Diese Abweichung von der allgemeinen Regel des § 48 IPR-Gesetz ist in dem in Artikel 12 Absatz 1 geregelten Sonderfall gerechtfertigt. Ohne das Abkommen könnten die Grenzbediensteten des Nachbarstaates in Ausübung ihres Dienstes stets nur auf dem Gebiet des Nachbarstaates geschädigt werden, weil sie ihren Dienst nicht im Gebietsstaat ausüben dürften. Das Abkommen will aber an der haftungsrechtlichen Situation der Bediensteten keine Änderung herbeiführen; ihr Schaden sollte weiterhin so beurteilt werden, wie wenn sie den Dienst im eigenen Staat ausgeübt hätten. Aus der Sicht des Schädigers ist diese Sonderanknüpfung nicht überraschend, hat er doch einem (uniformierten) Bediensteten des Nachbarstaates in Ausübung des Dienstes oder in Beziehung auf diesen Dienst einen Schaden zugefügt.

Die Sonderkollisionsnorm erübrigt auch die im grenznahen Bereich unter Umständen schwierige Feststellung, in welchem Staatsgebiet (noch oder schon) das den Schaden verursachende Verhalten gesetzt worden ist. Die Anknüpfung an das Recht des Nachbarstaates ist in dem geregelten Fall daher klarer und einfacher.

Zu Absatz 2 :

Für die in Absatz 1 geregelten Fälle (Schädigung eines Bediensteten im Sinne des Übereinkommens auf dem Gebiet des Nachbarstaates) wird in Absatz 2 die Gerichtsbarkeit zwischen den Vertragsstaaten abgegrenzt. Daß, wie im ersten Satz des Absatzes 2 festgelegt, inländische Gerichtsbarkeit besteht, wenn das den Schaden verursachende Verhalten im Inland gesetzt worden ist, oder wenn der Schädiger, das ist in der Regel der Beklagte, seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, bedeutet weder für Österreich noch für die ČSFR ein Abgehen von der bestehenden Rechtslage. Mit dieser Regelung allein müßte der geschädigte Bedienstete jedoch in vielen Fällen seine Ansprüche vor dem Gericht des anderen Staates durchzusetzen versuchen. Dies würde für ihn aber bedeuten, daß er durch sein Tätigwerden im Nachbarstaat hinsichtlich der Durchsetzung seiner Schadenersatzansprüche schlechter gestellt wäre, als wenn er seinen Dienst im Inland verrichten würde. Dieser unerwünschte Nachteil wird durch den zweiten Satz des Absatzes 2 wettgemacht. Der im Ausland geschädigte Bedienstete kann seine Schadenersatzklage auch bei dem Gericht einbringen, in dessen Sprengel er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ein zu Schaden gekommener österreichischer Bediensteter kann also im Inland klagen.

Während die Jurisdiktionsnorm sowohl den allgemeinen Gerichtsstand (Beklagtengerichtsstand) als auch den Gerichtsstand der Schadenszufügung kennt, sodaß in diesen Fällen auch das örtlich zuständige Gericht feststeht, kennt die Jurisdiktionsnorm keinen allgemeinen Kläbergerichtsstand. Der Artikel 12 Absatz 2 stellt deshalb auf den Sprengel ab, in dem der Kläger seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Dadurch wird neben der inländischen Gerichtsbarkeit zugleich auch die Zuständigkeit geregelt.

Zu Absatz 3 :

Praktische Bedeutung erlangt der mit Absatz 2 eingeführte Kläbergerichtsstand für österreichische Bedienstete aber nur, wenn die Entscheidungen (und Vergleiche) der zuständigen österreichischen Gerichte auch in der ČSFR vollstreckt werden. Daher ist in Absatz 3 eine gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über die in Absatz 1 geregelten Schadenersatzansprüche vorgesehen. Sie dient der zusätzlichen Absicherung österreichischer Bediensteter, die in der ČSFR ihren Dienst versehen.

Zu Absatz 4 :

Absatz 4 enthält die üblichen Versagungsgründe, die einer Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen oder Vergleichen im jeweils anderen Staat entgegenstehen können.

Eine ordre-public-Widrigkeit soll nur dann zur Versagung der Anerkennung und der Vollstreckung führen, wenn dieser Widerspruch offensichtlich ist. Im Zweifel ist also die Entscheidung im anderen Staat anzuerkennen (**Buchstabe a**).

Da die Zuständigkeit des entscheidenden Gerichts im Sinne des Absatzes 3 keine Anerkennungsvoraussetzung bildet, ist die Unzuständigkeit in **Buchstabe b** als eigener Versagungsgrund vorgesehen.

Buchstabe c behandelt die Einrede der *res iudicata* als Anerkennungs- und Vollstreckungsver-sagungsgrund. Der Anerkennung einer Entscheidung oder eines gerichtlichen Vergleichs kann jeweils eine frühere Entscheidung oder ein früherer Vergleich entgegenstehen.

Um es für den Kläger uninteressant zu machen, in unökonomischer Weise seine Schadenersatzansprüche vor den Gerichten beider Länder (zugleich geltend zu machen (etwa um zu spekulieren, welches der beiden Gerichte früher oder günstiger entscheiden wird), enthält **Buchstabe d** den Versagungsgrund der Streitanhängigkeit. Eine Entscheidung, die in einem Verfahren ergangen ist, das erst später als ein gleiches Verfahren im anderen Staat angestrengt worden ist, wird im anderen Staat nicht anerkannt und vollstreckt.

Während nach tschechoslowakischem Recht gerichtliche Vergleiche gerichtliche Entscheidungen sind, weil die Wirksamkeit eines zwischen den Parteien geschlossenen Vergleichs eine Bewilligung des Gerichts voraussetzt, sind vor österreichischen Gerichten geschlossene Vergleiche nicht als gerichtliche Entscheidungen anzusehen. Aus österreichischer Sicht ist daher der letzte Versagungsgrund im **Buchstaben e**, nämlich die mangelnde Möglichkeit für den Beklagten, sich am Verfahren, das zu der Entscheidung geführt hat, ordnungsgemäß zu beteiligen, auf Vergleiche nicht anzuwenden. Sie wird aber auch bei der Prüfung tschechoslowakischer Vergleiche keine Rolle spielen. Ist nämlich einmal ein Vergleich geschlossen, so wird von einer nicht ordnungsgemäßen Beteiligung einer Partei nicht die Rede sein können.

Zu Artikel 13:

Im Interesse einer beschleunigten und vereinfachten Grenzabfertigung soll klargestellt werden, daß die Abfertigungsbefugnisse und -zeiten bei gemeinsamen Grenzabfertigungsstellen nach Möglichkeit übereinstimmend festgelegt werden müssen.

Zu Artikel 14:

In Abs. 1 wird festgelegt, daß die Anmietung von Räumen der Verkehrsunternehmen durch die Zoll- und Grenzbehörden zivilrechtlich zu regeln ist. Abs. 2 sieht vor, daß den Bediensteten in Zügen und auf Schiffen Dienstabteile bzw. Dienstkabinen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Zu Artikel 15:

Die Amtsräume sind durch Amtsschilder, Hoheitszeichen und durch Aufschriften in den beiderseitigen Staatssprachen kenntlich zu machen.

Zu Artikel 16:

Dienstlich benötigte Gegenstände sind keinerlei Ein- und Ausfuhrvorschriften unterworfen.

Zu Artikel 17:

Der jeweilige Gebietsstaat wird die Errichtung und den Betrieb von Fernmeldeanlagen für den Nachbarstaat gebührenfrei bewilligen.

Zu Artikeln 18—20:

Diese Artikel enthalten die in den Abkommen üblicherweise vorgesehenen Bestimmungen über die

235 der Beilagen

15

vorübergehende gänzliche oder teilweise Aussetzung der Anwendung des Abkommens, über die Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten, allen-

falls in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, die Ratifikations-, Inkrafttretens- und Kündigungsbestimmungen.